

Vorlagennummer: VO/26/043
Vorlageart: Entscheidungsvorlage
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Bürgermeister
gez. i.V. Karneth

Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 10.03.2026

Datum: 15.04.2026
Federführung: Büro des Bürgermeisters

Beratungsfolge

Gremium	Termine
Hauptausschuss (HA) (Entscheidung)	28.04.2026

Sachverhalt

Genehmigung der Niederschrift – öffentlicher Teil – vom 10.03.2026.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Bewertung der Klimarelevanz

Ist die Vorlage klimarelevant?	Ja		Nein		
Treibhausgas-Ausstoß in CO ₂ e	Erhebliche Reduktion	Geringfügige Reduktion	Geringfügige Erhöhung	Erhebliche Erhöhung	Nicht ermittelbar
Bemerkung					

Beschlussvorschlag

Die Niederschrift – öffentlicher Teil – vom 10.03.2026 wird genehmigt.

Anlage/n

1 - NS ö.T._HA_10.03.2026 (öffentlich)

Beteiligte Fachbereiche:

N i e d e r s c h r i f t

Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 10.03.2026
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 18:57 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend

Mitglieder

Ratsherr Ingo Balzer
Ratsherr Stefan Bergsträßer
Ratsfrau Stefanie Bergsträßer
Ratsherr Mark Bonitz
Ratsherr Eckhard Buchholtz
Ratsherr Thomas Cassel
Ratsherr Christian Clever
Ratsherr Heinz Consoir
Ratsherr Dipl. Ing. Frank Drückhammer
Ratsherr Wolfram Ferse
Ratsfrau Annkathrin Körfer

Ratsfrau Christiane Merz-Valsamidis
Ratsfrau Ute Meyendriesch
Ratsherr Dr. Alexander Schneider
Ratsherr Marvin Schroeder
Ratsfrau Anja Wallenfang
Ratsherr Ulrich Welfers
Ratsherr Sebastian Wilms
Ratsfrau Nicole von den Driesch

Vertretung für: Ratsherrn Thomas
Nelsbach

Verwaltung

Erste Beigeordnete Christine Karneth
Techn. Beigeordnete Ellen Neudek
Stellv. Kämmerer Martin Giesche
Herr Ulrich Lambertz (FBL FB BBM)
Frau Franziska Siegers (stellv. FBL FB BBM)

Abwesend

Mitglieder

Bürgermeister Christian Pape

fehlt entschuldigt

Ratsherr Thomas Nelsbach

fehlt entschuldigt

Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Christian Clever versammelt sich heute im Sitzungssaal des Rathauses der Hauptausschuss der Stadt Wegberg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Frau von den Driesch beantragt, TOP 6.1 von der Tagesordnung zu nehmen. Zur Beratung über diesen Antrag wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt. Die Niederschrift über diese Beratung erfolgt im nichtöffentlichen Teil des Protokolls.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit teilt der Vorsitzende mit, dass TOP 6.1 von der Tagesordnung abgesetzt worden ist.

Der Hauptausschuss (HA) stellt die Tagesordnung wie folgt fest.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Angelegenheiten des Ausschusses
 - 2.1 Mitteilungen -öffentlicher Teil-
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 02.12.2025
 - 2.3 Liste der offenen Anträge (Stand 26.02.2026)
- 3 Anträge nach § 2 der Geschäftsordnung
 - 3.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, Freie Wähler und Aktiv für Wegberg gemäß § 2 der Geschäftsordnung vom 26.01.2026
Hier: Anpassung der Zuständigkeitsordnung
 - 3.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, Freie Wähler und Aktiv für Wegberg gemäß § 2 der Geschäftsordnung vom 26.01.2026
Hier: Anpassung der Geschäftsordnung

- 4 Vorschläge an den Rat
- 4.1 Beitragssatzung Offene Ganztagsgrundschule
hier: Anpassung 2026

Nichtöffentlicher Teil

- 5 Angelegenheiten des Ausschusses
- 5.1 Mitteilungen - nichtöffentlicher Teil-
- 5.2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 02.12.2025

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

zu 2 Angelegenheiten des Ausschusses

zu 2.1 Mitteilungen -öffentlicher Teil-

Frau Karneth verliest eine mündliche Mitteilung, diese ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 02.12.2025

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

Der Hauptausschuss genehmigt den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Sitzung vom 02.12.2025.

zu 2.3 Liste der offenen Anträge (Stand 26.02.2026)

Herr Bonitz erkundigt sich, wann die Bearbeitung der laufenden Nr. 1 der Liste begonnen werde.

Die Verwaltung reicht zu Protokoll:

Die Bearbeitung des Antrages wird kurzfristig im Verwaltungsvorstand besprochen. Anschließend soll die Politik über das weitere Vorgehen informiert werden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3 Anträge nach § 2 der Geschäftsordnung

**zu 3.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, Freie Wähler und Aktiv für Wegberg gemäß § 2 der Geschäftsordnung vom 26.01.2026
Hier: Anpassung der Zuständigkeitsordnung**

Herr Dr. Schneider befürwortet, die Friedhofsgebührensatzung ausschließlich im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Personal und Digitalisierung zu beraten.

Frau von den Driesch spricht sich für eine alleinige Beratung im Ausschuss für Ordnung, Feuerwehr und Verkehr aus.

Herr Bonitz gibt an, dass seine Fraktion einer Beratung in beiden Fachausschüssen offen gegenüberstehe.

Herr Welfers bittet darum, sich auf einen der beiden Ausschüsse zu einigen.

Abstimmungsergebnis zu 1:

einstimmig

Abstimmungsergebnis zu 2:

Alternative a):

Zustimmung: 14 (CDU, Freie Wähler, Aktiv für Wegberg, AfD, FDP)

Ablehnung: 5 (SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Enthaltung: 0

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss befürwortet grundsätzlich die Erweiterung des § 7 Absatz 2 der Zuständigkeitsordnung wie in der Vorlage vorgeschlagen.

2. Der Haultausschuss empfiehlt dem Rat, die Beratung der Friedhofsgebührensatzung

Alternative A: allein im OFV vorzusehen

**zu 3.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, Freie Wähler und Aktiv für Wegberg gemäß § 2 der Geschäftsordnung vom 26.01.2026
Hier: Anpassung der Geschäftsordnung**

Frau von den Driesch erklärt, dass ihr die Einführung der verlängerten Frist zum 01.08.2026 zu spät sei. Sie beantragt die Umsetzung der Friständerung zum 01.04.2026.

Herr Bonitz hält den Vorschlag der Verwaltung, die Einführung des neuen Bürgerinformationssystems abzuwarten, für sinnvoll. Grundsätzlich sehe er die Verlängerung der Frist um vier Tage eher kritisch. Die internen Arbeitsabläufe müssen grundsätzlich optimiert werden. Die Frist allein sei nicht die Lösung des Problems. Mit der verlängerten Frist nehme sich sowohl die Politik als auch die Verwaltung Handlungsspielraum. Er bittet zudem darum, gestellte Anträge zeitnah in die Politik zugeben.

Herr Cassel sieht die Schwierigkeit in der Komplexität der verschiedenen Themen. Zudem lasse die Qualität der geschriebenen Vorlagen nach. Gestellte Anträge sollen zügig in die Politik eingebracht werden, sodass zunächst eine Grundsatzentscheidung über die Behandlung der beantragten Thematik gefällt werden kann. Anschließend könne die inhaltliche Bearbeitung stattfinden. Seine Fraktion spricht sich auch für eine Anpassung der Fristen zum 01.04.2026 aus.

Frau von den Driesch macht nochmals auf den hohen ehrenamtlichen Aufwand aufmerksam. Die Themen der Sitzungen werden immer eine Woche vor der Sitzung in den Fraktionssitzungen beraten. Wenn zu diesem Zeitpunkt noch Vorlagen fehlen, kommen sachkundige Bürgerinnen und Bürger womöglich umsonst zu Fraktionssitzungen oder müssen mehrfach erscheinen.

Frau Karneth bittet um eine Umsetzung ab dem 01.05.2026 aufgrund bereits geplanter Urlaube in den Osterferien.

Dem wird nicht widersprochen.

Abstimmungsergebnis zu 1:

Zustimmung: 16 (CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, Aktiv für Wegberg, AfD, FDP)

Ablehnung: 0

Enthaltung: 3 (SPD)

Änderungsantrag zu Abstimmungsergebnis zu 2:

Zustimmung: 16 (CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, Aktiv für Wegberg, AfD, FDP)

Ablehnung: 0

Enthaltung: 3 (SPD)

Beschluss:

1. § 1 Absatz 3 und 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wegberg erhalten folgende Fassung:

Absatz 3:

Die Einladung muss den Ratsmitgliedern mindestens vierzehn Tage vor dem Sitzungstag zugehen.

Absatz 4:

Mindestens vierzehn Tage vor dem Sitzungstag müssen den Ratsmitgliedern zu den einzelnen Tagesordnungspunkten auch die für die Beratung und Entscheidung erforderlichen Beratungsunterlagen (Verwaltungsvorlagen) zur Verfügung stehen. Fehlen zu diesem Zeitpunkt

Vorlagen zu bestimmten Tagesordnungspunkten, sollen diese nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Die Beratungsunterlagen werden über das städtische Ratsinformationssystem bereitgestellt.

2. Diese Änderungen der Geschäftsordnung gelten ab dem 1. Mai 2026.

zu 4 Vorschläge an den Rat

zu 4.1 Beitragssatzung Offene Ganztagsgrundschule hier: Anpassung 2026

Herr Cassel befürwortet die Änderung und empfindet die „sichere 13“ als ein tolles Angebot. Er bittet um Zusendung einer Kostenaufstellung. Dies könne gerne per Mail an die Ratsmitglieder bis zum 01.06.2026 erfolgen.

Frau Karneth sichert dies zu.

Herr Dr. Schneider erklärt, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht folgen werde. Viele Familien, welche Sozialleistungen beziehen, würden die Leistungen nicht beim Kreis Heinsberg abrufen. Dies sei aus sozialen Gründen nicht verträglich.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 16 (CDU, SPD, Freie Wähler, Aktiv für Wegberg, FDP)

Ablehnung: 3 (Bündnis 90/Die Grünen, AfD)

Enthaltung: 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Integration, Soziales, Kultur, Vereine, Partnerschaft & Tourismus schlägt dem Hauptausschuss und dem Rat vor,

1. eine Ferienbetreuung für das Angebot „sichere 13 einzuführen“,
2. die Elternbeiträge wie dargestellt anzuheben und
3. die als Anlage beigefügte dritte Änderungssatzung zur Beitragssatzung OGS Primarbereich zu beschließen.

- - - - -

Der stellv. Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 18:57 Uhr.

Gez. _____

Christian Clever
stellv.Vorsitzender

Gez. _____

Franziska Siegers
Schriftführerin